

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **05.02.2009** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/018

Beginn öffentlicher Teil: 19:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:32 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

(bis einschl. TOP 10)

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael

Gärtner, Bodo

Gersemann, Christiane

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Leppert, Florian

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

Rück, Stefanie

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

Wackerbeck, Ursula

Weber, Ulrike

Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.

Zielonka, Holger Dr.

Verwaltung

Stadtamtsrat	Hammermeister, Lars	(bis einschl. TOP 5)
Verwaltungsfachwirtin	Hansen, Andrea	
Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer	
Controller	Kauter, Theo	
Gleichstellungsbeauftragte	Pape, Petra	
Stadtrat	Philipps, Lutz	
Stadtoberamtsrat	Rode, Hans	
Verwaltungsfachwirt	Schmidt, Ingo	(bis einschl. TOP 5)
Dipl.-Oec.	Scholz, André	
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert	
Baurat z.A.	Trappmann, Hendrik	
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens	

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11. Dezember 2008
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Vorstellung Produktplanentwurf; Bericht
6. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Weferlingsen
Vorlage: 2009 0478
7. Ratsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen Leistungen
Vorlage: 2009 0474
8. Abberufung/Ersetzung von Ausschussmitgliedern;
hier: Ausschuss für Umwelt und Verkehr/Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport
Vorlage: 2009 0480
9. Strompreiserhöhungen der Stadtwerke
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 12. Januar 2009-
Vorlage: 2009 0475
10. Resolutionsentwurf des Rates der Stadt Burgdorf; hier: Verabschiedung der Bedingungen der Landesregierung für das Konjunkturpaket II
-Antrag der Gruppe SPD-WGS-B'90/Die Grünen vom 23. Januar 2009 -
Vorlage: 2009 0484

11. Dringlichkeitsantrag der Gruppe SPD-WGS-B'90/Die Grünen vom 02. Februar 2009 zur "Schnellstmöglichen Realisierung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder im Rahmen des Konjunkturpaketes II" sowie
Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 04.02.2009 zum Antrag der Mehrheitsgruppe

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Walter eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere den Ehrenratsherren Herrn Brandt sowie Herrn Korte vom Anzeiger für Burgdorf und Lehrte.

Herr Walter wies darauf hin, dass ein Dringlichkeitsantrag der Mehrheitsgruppe sowie ein Zusatzantrag zum Antrag der Mehrheitsgruppe vorliege und die Tagesordnung durch Beschluss mit einer 2/3 Mehrheit des Rates um diesen Tagesordnungspunkt zu ergänzen sei. Herr Walter schlug vor diese Anträge als gemeinsamen TOP 11 auf die Tagesordnung zu setzen. Er erteilte Herrn Pilgrim zur Erläuterung des Antrages der Gruppe SPD – WGS - B90/Grünen das Wort.

Herr Pilgrim machte noch einmal deutlich, dass es sich hier um einen Antrag der Mehrheitsfraktion handele, der aufgrund des von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturpaketes II dringend notwendig sei. Die Notwendigkeit ergebe sich, da die Bundesregierung eine schnelle Stärkung der Wirtschaft beabsichtige und von den Kommunen erwarte, dass die zur Verfügung gestellten Mittel in 2009 abgerufen werden. Derzeit seien die rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung noch nicht klar geregelt und bedürften einer Interpretation durch die Regierung. Der Rat der Stadt Burgdorf benötige jedoch bereits in Kürze eine durch die Verwaltung erstellte Liste der möglichen Investitionen, die im Rahmen des Konjunkturpaketes II in Burgdorf umsetzbar wären. Nur dann, so Herr Pilgrim, sei eine Stärkung der Wirtschaft in 2009 möglich.

Herr Pilgrim bat daher darum die Ratssitzung zu unterbrechen und zur Vorbereitung eine Verwaltungsausschusssitzung gemäß § 59 NGO einzuberufen. Nach Beratung im Verwaltungsausschuss könne dann eine Beschlussfassung seitens des Rates erfolgen.

Herr Rohde erklärte, dass er hier nicht näher auf den Inhalt der Anträge eingehen wolle, jedoch ebenfalls, wie von Herrn Pilgrim erläutert, die Dringlichkeit der Anträge hervorheben möchte, die einen Beschluss des

Rates erforderlich mache. Er schlug vor, die Sitzung des Rates nicht für eine Verwaltungsausschusssitzung zu unterbrechen, sondern eine Verwaltungsausschusssitzung für Dienstag, den 10.02.2009 einzuberufen und dann ausführlich über die Umsetzung der Anträge zu beraten. Das Konjunkturpaket II, so Herr Rohde, mache eine schnelle und kurzfristige Erledigung des Antrages durch die Verwaltung notwendig. Die von der Verwaltung aufzustellende Liste der möglichen Investitionen solle umgehend in den Fachausschüssen beraten werden, ggf. seien zusätzliche Fachausschusssitzungen einzuberufen.

Herr Baxmann entgegnete hierzu, dass, wenn der Rat nicht erst in seiner nächsten Sitzung im März über die Dringlichkeitsanträge beschließen wolle, eine Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss erforderlich sei. Daher sei eine Sitzung des Verwaltungsausschusses am heutigen Abend erforderlich.

Anschließend unterstützte **Herr Lüddecke** den Vorschlag der Verwaltung zur Unterbrechung der Ratssitzung, um eine Verwaltungsausschusssitzung stattfinden zu lassen. Dies sei notwendig, so Herr Lüddecke, um in die Diskussion zum Konjunkturpaket II einzusteigen.

Herr Walter ließ einzeln über die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 11 -Dringlichkeitsanträge der Gruppe SPD – WGS - B90/Grünen und der CDU-Fraktion zum Konjunkturpaket II - abstimmen.

Herr Obst fragte nach, ob der TOP 10 „Resolutionsentwurf des Rates“ aufgrund der Erweiterung um TOP 11 nicht von der SPD-Fraktion zurückgezogen und von der Tagesordnung genommen werden könne.

Hierzu teilte **Herr Pilgrim** mit, dass der TOP 10 auf der Tagesordnung belassen werden solle, da er hierzu noch Ausführungen machen und den Antrag erst während der Beratung zurückziehen werde.

Der Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag der Gruppe SPD – WGS – B90/Grünen wurde mit 33 Ja-Stimmen zugestimmt.

Der Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion wurde mit 33 Ja-Stimmen zugestimmt.

Dem Vorschlag beide Anträge unter TOP 11 aufzunehmen wurde mit 33 Ja-Stimmen zugestimmt.

Der geänderten Tagesordnung wurde mit 33 Ja-Stimmen zugestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11. Dezember 2008

Herr Lüddecke bat um Berichtigung seiner Wortmeldung zu TOP 11, Seite 20. Er habe nicht gesagt: „Ziel der Verwaltung sollte daher die Erhöhung dieser Steuer durch geeignete Maßnahmen sein“, sondern ausgeführt: „Ziel

der Verwaltung sollte daher die Erhöhung der Einnahmen aus der Steuer durch geeignete Maßnahmen sein.“

Beschluss:

Die geänderte Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11.12.2008 wurde mit 32 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es wurden keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vorgetragen.

Herr Walter teilte mit, dass Frau Weilert-Penk am 24.12., Herr Pilgrim am 06.01. und Herr Leppert am 29.01. Geburtstag hatten und gratulierte diesen nachträglich.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Herr Obst trug seine Anfrage vor und erläuterte diese.

Herr Herbst beantwortete die Anfrage zur Friedhofsbrochure (siehe Anlage 3 des Protokolls).

Anschließend verlas **Herr Rode** die Antwort zur Informationsbrochure (siehe Anlage 4 des Protokolls).

Herr Obst merkte an, dass er sich nicht vorstellen könne, dass die nachhaltige Sicherung der Friedhöfe vor dem Erscheinen der Broschüre in Frage gestanden hätte. Er gehe davon aus, dass in diesem Jahr keine Personalaufstockung in diesem Bereich notwendig sei.

Herr Baxmann sicherte zu, dass zum Ausgleich für die 12 Stunden Personaleinsatz kein Antrag auf Aufstockung des Personals gestellt werde.

Herr Rohde machte darauf aufmerksam, dass es sich nicht um die 12. Auflage der Bürgerbrochure, sondern um die 1. Auflage handele.

5. Vorstellung Produktplanentwurf; Bericht

Herr Philipps hob einleitend hervor, dass der Haushalt 2009 voraussichtlich der letzte kamerale Gesamthaushalt sei, den der Rat beschlossen habe.

Für das Haushaltsjahr 2010 werde die Verwaltung, soweit alles wie geplant verlaufe, den ersten nach den Grundsätzen des „Neuen Kommunalen Rechnungswesens“ (NKR) aufgestellten Haushalt vorlegen. Dabei habe man es nicht nur mit einer begrenzten Modifizierung zu tun, ein solcher Übergang vom zahlungsorientierten zum ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen sei ein vollkommener Systemwechsel, der eine große Herausforderung sowohl für die Verwaltung als auch für die Politik darstelle.

So werde der Haushalt künftig nach der Verwaltungsgliederung produktorientiert in sog. Teilhaushalte gegliedert sein. Die Produkte bildeten dabei den Output - das Leistungsspektrum - der Kommune ab.

Hierzu, so Herr Philipps weiter, sei ein Produktbuch aufzustellen, das heute mit der Ratspost im Entwurf vorgelegt worden sei.

Herr Schmidt (Finanzabteilung) werde jetzt diesen Produktbuchentwurf vorstellen und einen kurzen Überblick über den Stand und die weiteren Schritte des Umstellungsprozesses geben.

Herr Schmidt erläuterte anschließend mittels einer Powerpoint-Präsentation den Produkthaushalt (siehe Anlage 5 des Protokolls).

Aus den Reihen des Rates wurde angemerkt, dass die Produktbeschreibungen sehr kurz gefasst seien.

Herr Schmidt gab zu bedenken, dass es üblich sei, die Beschreibungen in dieser Form zu gestalten. Keinesfalls gehe es darum, an dieser Stelle die zu einem Produkt gehörenden einzelnen Leistungs- oder Arbeitsschritte zu erläutern.

Frau Meinig wies darauf hin, dass auf Seite 64 des Produktbuchentwurfs das Produkt insoweit nicht hinreichend beschrieben sei, als sich der im Gesetz formulierte Auftrag der Kindertagesstätten nicht allein auf die Betreuung beschränke, sondern auch noch die "Bildung und Erziehung" einschließe.

Dann solle dies auch so aufgenommen werden, so **Herr Schmidt**.

Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Diskussionen über den Produktbuchentwurf im Ausschuss f. Wirtschaft und Finanzen geführt werden sollen.

6. **Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Weferlingsen** **Vorlage: 2009 0478**

Herr Hinz erklärte, dass Herr Bethmann um seine vorzeitige Ablösung gebeten habe und sprach seinen Dank an Herrn Bethmann für seine langjährige Arbeit als Ortsbrandmeister aus.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig mit 32 Ja-Stimmen

- **Herrn Otto Bethmann mit Ablauf des 14. Februar 2009 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Weferlingsen zu entlassen und**
- **Herrn Karsten Leinemann mit Wirkung vom 15. Februar 2009 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 14. Februar 2015) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Weferlingsen zu ernennen.**

**7. Ratsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen Leistungen
Vorlage: 2009 0474**

Herr Morich machte noch einmal die Bedeutung dieser Vorlage deutlich und wies darauf hin, dass auch künftige Ratsfrauen und -herren auf diese Vorschrift hingewiesen werden sollten.

Beschluss:

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen den Beschluss zu b) der Vorlage 2009 0474.

**8. Abberufung/Ersetzung von Ausschussmitgliedern;
hier: Ausschuss für Umwelt und Verkehr/Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport
Vorlage: 2009 0480**

Beschluss:

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen den Beschluss zu b der Vorlage 2009 0480.

**9. Strompreiserhöhungen der Stadtwerke
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 12. Januar 2009-
Vorlage: 2009 0475**

Herr Fleischmann stellte den Antrag des Linksbündnisses vor. Insbesondere wies er darauf hin, dass die Strompreise mit dem Ablauf der Strompreisbindung am 01.07.2007 stark gestiegen seien. Seines Erachtens sei es dringend erforderlich, dass der Rat der Stadt Burgdorf über die Erhöhung der Strompreise entscheide und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtige.

Beschluss:

Der Rat überwies die Vorlage 2009 0475 mit 30 Ja-Stimmen und 3 Gegen-Stimmen in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

**10. Resolutionsentwurf des Rates der Stadt Burgdorf; hier: Verabschiedung der Bedingungen der Landesregierung für das Konjunkturpaket II
-Antrag der Gruppe SPD-WGS-B'90/Die Grünen vom 23. Januar 2009 -
Vorlage: 2009 0484**

Herr Pilgrim erläuterte die einzelnen Punkte der Resolution vom 23. Januar 2009. Zwischenzeitlich, so erklärte er, habe sich die Resolution in ihren Formulierungen und angesprochenen rechtlichen Voraussetzungen überholt und sei nicht mehr umsetzbar. Aus diesen Gründen ziehe er die Vorlage 2009 0484 zurück.

Herr Obst und **Herr Lüddecke** begrüßten die Rücknahme des Antrages. Sie wiesen darauf hin, dass eine sachliche Diskussion zu diesem Thema dringend notwendig sei und diese, so **Herr Obst**, nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung für eine eingeschobene Verwaltungsausschusssitzung, im Rat erfolgen sollte.

11. Dringlichkeitsantrag der Gruppe SPD-WGS-B'90/Die Grünen vom 02. Februar 2009 zur "Schnellstmöglichen Realisierung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder im Rahmen des Konjunkturpaketes II" sowie Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 04.02.2009 zum Antrag der Mehrheitsgruppe

Herr Pilgrim trug die Neufassung des Dringlichkeitsantrags der Gruppe SPD – WGS – B90 / Grünen (siehe Anlage 7) vor. Er führte dazu aus, dass die im Antrag geforderte Prioritätenliste zur nächsten Ratssitzung am 26.03.2009 von der Verwaltung zu erstellen sei, damit die notwendigen Entscheidungen in dieser Sitzung gefällt werden könnten. Soweit es erforderlich sei, müssten Sondersitzungen der Fachausschüsse stattfinden und die Verwaltung ggf. einen Nachtragshaushalt erstellen.

Herr Rohde machte deutlich, dass es sich bei den Dringlichkeitsanträgen nicht um eine Bitte, sondern um einen Auftrag an die Verwaltung handele. Seines Erachtens sei eine Entscheidung im März zu spät. Hier gehe es darum Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Seines Erachtens sei daher eine Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 10.02.2009 notwendig.

Herr Baxmann schlug vor, die Ratssitzung für eine Verwaltungsausschusssitzung zu unterbrechen. Eine Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 10.02.2009, so erklärte er, hätte zur Folge, dass der Rat nicht sofort, sondern erst am 26.03.2009 über die Dringlichkeitsanträge entscheiden könne. In der nachfolgenden Verwaltungsausschusssitzung sollten die Anträge behandelt und in den Rat überwiesen werden, um hiernach im Rat darüber zu diskutieren.

Herr Walter ließ über die beantragte Sitzungsunterbrechung abstimmen. Nachdem der Rat einstimmig die Unterbrechung beschlossen hatte, **schloss Herr Walter um 20.45 Uhr die Ratssitzung.**

Sitzungsunterbrechung

Herr Walter eröffnete um 20.47 Uhr die Ratssitzung.

Herr Baxmann erklärte, dass Herr Philipps und er bei einer heutigen Sitzung mit dem Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages wiederum neue Informationen und Interpretationen zum Konjunkturpaket erfahren hätten. Grundsätzlich sei jedoch festgestellt worden, dass die Hektik in den Kommunen nicht dem Beratungsstand der Bundes- und Landesregierung entspreche.

Wichtig, so Herr Baxmann, sei eine schnelle Arbeit der Verwaltung, um die möglichen Projekte im Rahmen des Konjunkturpaketes II aufzulisten. Diese Schnelligkeit dürfe jedoch nicht zu Lasten der Inhalte gehen. Es müsse

daher nicht nur schnell, sondern auch sorgsam gearbeitet werden. Insbesondere sei die Frage der Co-Finanzierung durch die Stadt Burgdorfs zu klären.

Herr Lüddecke stellte die Sicht der FDP zu den Anträgen der Gruppe SPD – WGS – B90 / Grünen und der CDU-Fraktion vor. Seines Erachtens sollte die Verwaltung beauftragt werden die Verfahrensweise zu klären, eine sinnvolle Mittelverwendung vorzuschlagen und die erforderlichen Vorbereitungen wie z. B. die rechtlichen Möglichkeiten der Vergabe zu klären. Gerade die neuen Möglichkeiten zum Vergabeverfahren seien für die örtliche Wirtschaft wichtig. Insbesondere den auf zwei Jahre (2009/2010) angelegten Mittelabfluss der Regierung halte er für sinnvoll. Hier sei jedoch darauf zu achten, dass Aufträge schnellstens, also zu 50% in 2009 erfolgen, damit eine Konzentrierung auf das Jahr 2010 vermieden werde und noch in diesem Jahr die Konjunktur einen Aufschwung erfahre.

Die FDP werde, so Herr Lüddecke, dem Antrag der SPD unter der Voraussetzung zustimmen, dass es sich nicht um eine Bitte, sondern um einen Auftrag handele. Dem Antrag der CDU werde zu Nr. 1. zugestimmt, die Ziffern 2 und 3 seien von der Verwaltung nicht zu leisten und es werde daher keine Zustimmung von Seiten der FDP-Fraktion erfolgen.

Herr Pilgrim machte noch einmal auf die Problematik der Co-Finanzierung aufmerksam. Burgdorf habe bereits die Mittel für die nächsten Jahre in der Finanzplanung gebunden.

Die von der CDU geforderten Termine seien, insbesondere aufgrund fehlender rechtlicher Regelungen, für die Verwaltung nicht leistbar. Ein anderer Grund sei die Bindung des Personals bei den bereits im Finanzplan aufgeführten Maßnahmen.

Daher könne der zeitlichen Vorgabe des CDU-Antrages zu Nr. 2 und 3 nicht zugestimmt werden.

Herr Baxmann machte deutlich, dass der Ansatz, den Mittelabfluss zur Konjunkturbelebung zu steuern, seines Erachtens, auch bezogen auf die Belastung der künftigen Generationen, der richtige Weg sei. Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt würden nur die heutige Generation entlasten. Kreditaufnahmen für z. B. den Bau von Schulen würden dagegen auch den nachfolgenden Generationen zu Gute kommen und diese nicht nur verpflichten. Verbindlich zu klären, so Herr Baxmann weiter, seien in diesem Zusammenhang aber noch die angekündigten Vereinfachungen im Vergaberecht, bevor die Verwaltung konkret handeln könne.

Herr Rohde erklärte, dass ihm die Problematik der Umsetzung des Konjunkturpaketes durchaus bewusst sei. Gerade im Hinblick auf die Kurzfristigkeit sei es ihm wichtig durch die Verwaltung so früh wie möglich, auch in den Fachausschüssen, informiert zu werden. Hierzu solle geklärt werden, welche Positionen aus dem Investitionsprogramm in Frage kommen könnten.

Herr Fleischmann führte aus, dass der Antrag der Gruppe SPD – WGS – B90 / Grünen seines Erachtens sinnvoll sei. Problematisch sehe er hierbei nur die bereits für das Gewerbegebiet Nordwest eingegangenen investiven Verpflichtungen. Diese führten dazu, dass Burgdorf einen stark eingeschränkten Handlungsspielraum im Rahmen des Konjunkturprogramms habe. Dies sehe er als schädlich an. Seines Erachtens erfolge mittels des

Konjunkturprogramms eine Umverteilung der Gelder von oben nach unten und die Reichen würden nur noch reicher.

Herr Lüdecke erklärte, dass die FDP nichts einzuwenden hätte gegen eine zusätzliche steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Das Konjunkturpaket II spreche allerdings u. a. Sanierungsmaßnahmen im energetischen Bereich an. Diese seien sinnvoll und notwendig, da sie dazu führen würden, dass die Kommunen aufgrund dieser Maßnahmen in den kommenden Jahren ihre Energieaufwendungen vermindern könnten.

Herr Obst bat darum, nicht in eine Fachdiskussion einzutreten. Sicherlich sei die Kreditaufnahme zur Co-Finanzierung der Investitionen kritisch zu sehen, man solle jedoch erst die Vorgaben abwarten und in der Zwischenzeit die in Frage kommenden Projekte auflisten.

Herr Baxmann machte noch einmal darauf aufmerksam, dass die Verwaltung erst nachdem gesicherte Daten und Verfahrenweisen vorlägen den Auftrag abarbeiten könne. Bis zu diesem Zeitpunkt könnten keine letztlich gesicherten Vorschläge erstellt werden.

Sicherlich werde die Verwaltung der Politik so früh wie möglich die zu Entscheidungen notwendigen Daten zur Verfügung stellen. Von den Baumaßnahmen betroffen seien insbesondere die Abteilung Gebäudewirtschaft und Herr Trappmann, da dieser die Projekte im Bereich Hochbau betreue. Evtl. könnte auch Abt. 66 bezogen auf die den Bereich der Region betreffenden Radwege und den Naherholungsbereich gefordert sein. Es sei aber noch unklar, ob die von der Region angeschobenen und Burgdorf betreffenden Projekte von Burgdorf mitfinanziert werden müssten. Es könnten zudem auch die Abteilungen 40 und 51.1 betroffen sein. Vor diesem Hintergrund würden die vorgenannten Abteilungen ab Anfang der 07. KW 2009 gemeinsam eine Liste der zeitnah umsetzbaren und inhaltlich wichtigen Projekte erstellen und diese nach Fertigstellung der Politik zur Entscheidung vorlegen.

Wie die Umsetzung der Projekte, ob mit externen Büros oder mit eigenem Personal, erfolgen könne, müsse noch geklärt werden.

Herr Baxmann versicherte, dass, sobald gesicherte Zahlen vorliegen, diese geliefert würden.

Herr Pilgrim erklärte, dass er bereit sei, in den Antrag der Gruppe SPD – WGS – B90 / Grünen die Formulierung „beauftragt die Verwaltung“ aufzunehmen.

Herr Rohde zog seinen Antrag unter der Voraussetzung zurück, dass eine kurzfristige Beratung der möglichen Projekte in den zuständigen Ausschüssen erfolge.

Herr Walter ließ über den Antrag der Gruppe SPD – WGS – B90 / Grünen in der Form der Neufassung (siehe Anlage 7) abstimmen.

Beschluss vor der Sitzungsunterbrechung:

Der Rat beschloss einstimmig die Sitzung zu unterbrechen und eine Verwaltungsausschusssitzung zur Vorbereitung der Dringlichkeitsanträge einzuberufen.

Sitzungsunterbrechung

Beschluss nach der Sitzungsunterbrechung:

Der Rat beschloss einstimmig mit 32 Ja-Stimmen den Dringlichkeitsantrag der Gruppe SPD – WGS – B90 / Grünen in der Neufassung (siehe Anlage 7).

Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführerin